

POLITIK, DEMOKRATIE UND MODERNE VERWALTUNG

Ausgangslage

Mit der Erzielung einer absoluten Mandatsmehrheit in der Landtagswahl am 26. Jänner 2020 durch die SPÖ Burgenland kommt es nach dem Ende des Proporzsystems erstmals in der Geschichte des Burgenlands zu einer Alleinregierung einer Partei. Damit einher geht eine große Verantwortung für die Burgenländische Landesregierung. Die Mitglieder der Landesregierung bekennen sich zur Fortführung des eingeschlagenen burgenländischen Erfolgsweges, dem Einsatz für Demokratie und Mitbestimmungsrechte sowie der weiteren Modernisierung der Landesverwaltung. Folgende Maßnahmen sollen dazu beitragen.

145. Stabile Finanzen

Die Landesregierung bekennt sich zu stabilen Finanzen. Wir streben ein ausgeglichenes Budget in der Legislaturperiode an. Die Kriterien des Stabilitätspakts und die Maastricht-Kriterien müssen erfüllt werden. Gleichzeitig bekennt sich die Landesregierung zur Rolle als starker Partner für Burgenlands Wirtschaft. Mit 23 % des Landeshaushalts investierte das Burgenland 2019 fast jeden vierten Euro in das Land, um das Burgenland weiter voranzubringen. Diese Quote wollen wir weiter steigern. Für uns sind gezielte Investitionen in die Zukunft des Landes genauso wichtig wie ein stabiles Budget. Daher werden wir zum einen weiterhin den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur vorantreiben und gleichzeitig unsere soziale Verantwortung für die Menschen im Land wahrnehmen. Um die Bonität des Landes hoch- und die Zinskosten niedrig zu halten, wird auch weiterhin eine renommierte und anerkannte Ratingagentur beauftragt, die finanzielle Situation des Landes zu beurteilen.

Maßnahmenplan

Budgeterstellung (laufend)

146. Transparenzpaket einführen

Zur besseren Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen der Landesregierung wollen wir die Transparenz bei politischen Entscheidungen erhöhen. Ein jährlicher Leistungsbericht der Landesregierung soll allen interessierten Bürgern Einblick in die Entscheidungen und Gesetzesinitiativen geben. Bei Gesetzesinitiativen wollen wir Stellungnahmen künftig veröffentlichen. Gleichzeitig werden wir das Fragerecht des Landtags auf jene Bereiche der Landesholding ausweiten, die in keiner Wettbewerbssituation stehen (z.B. KRAGES, BELIG), sofern keine gesellschaftsrechtlichen Vorgaben dagegensprechen.

Maßnahmenplan

1.3.2020:

Ausweitung Fragerecht des Landtags auf Holding

Veröffentlichung des jährlichen Transparenzberichts (laufend)

Veröffentlichung Gesetzes-Stellungnahmen (laufend)

147. Schaffung einer zentralen Förderstelle

Zur Verbesserung der Transparenz im Förderwesen und der Vermeidung von Doppelförderungen soll eine zentrale Förderstelle in der Landesregierung geschaffen werden, die alle Förderanliegen zusammenfasst. Gleichzeitig wollen wir die Förderantragstellung und -abwicklung bürgernäher gestalten: Durch die Einführung je eines Förderberaters an jeder Bezirkshauptmannschaft sollen Förderwerbende kompetente Ansprechpartner in den Regionen zur Verfügung stehen, die über einen Überblick über alle verfügbaren Landesförderungen haben. Förderanliegen sollen von diesen Beratern an die spezifischen Förderstellen weitergeleitet werden.

Maßnahmenplan

1.1.2021:
Bündelung Förderthematik im Land
(mit Ausnahme Wohnbauförderung)

Ende 2021:
Einführung Förderberatung
an den BHS

148. Digitale Offensive in der Landesverwaltung

Um die Effizienz und Geschwindigkeit der Landesverwaltung weiter zu steigern, soll die Digitalisierung vorangetrieben werden. In der Regierungsperiode 2020–2025 sollen IKT-Systeme von Land, Landesholding und Gemeinden, insbesondere in den Bereichen Hardware und Beschaffung vereinheitlicht werden, um Synergie- und Skaleneffekte zu erzielen und Verwaltungskosten zu senken. Dies bedeutet die konsequente Verfolgung und den Ausbau von eGovernment Lösungen mit Fokus auf den elektronischen Akt in der Verwaltung, aber auch elektronisches Formularwesen, eID (Handysignatur) und e-Zustellung. Einheitliche Systeme, barrierefreier Webauftritt, die Optimierung auf mobile Endgeräte, der Ausbau der Netzinfrastruktur und die Einhaltung aktueller Standards zur Netz- und Informationssicherheit sowie des Datenschutzes sind weitere wichtige Vorhaben. Die Website des Landes Burgenland soll überarbeitet und künftig über einen stärkeren Service-Charakter verfügen.

Maßnahmenplan

2021:
Relaunch Landes-Website

2022:
Einführung eLAK

2022:
Harmonisierung IT-Systeme mit
Holding und Gemeinden

149. Stärkung und Neueinführung von Ombudsstellen

Das Land Burgenland bekennt sich dazu, Bürgerinnen und Bürger bei der Durchsetzung ihrer Ansprüche und Rechte zu unterstützen. Entsprechend stärkt die Landesregierung die vorhandenen Ombudsstellen und führt gleichzeitig in den kommenden Jahren neue Ombudsstellen ein. Neu eingerichtet werden soll sowohl eine Behinderten-Ombudsstelle als auch eine Pensionisten-Ombudsstelle. Gemeinsam mit bereits etablierten Ombudsstellen wie Patienten- oder Kinder- und Jugend-Anwaltschaft soll es in den kommenden Jahren zu einer Bündelung dieser Kompetenz im Bezirk Mattersburg kommen.

Maßnahmenplan

Ende 2020:
Schaffung Pensionisten-
Ombudsstelle

Ende 2020:
Schaffung Behinderten-
Ombudsstelle

2021:
Bündelung im Bezirk Mattersburg

150. Dezentralisierung der Landesverwaltung, Stärkung der regionalen Bezirkshauptmannschaften

Zum Ausgleich von strukturellen Unterschieden im Land wird die Landesregierung in den kommenden Jahren eine Dezentralisierung der Landesverwaltung vorantreiben und – sofern möglich – Kompetenzen aus Eisenstadt in die Regionen verlagern mit einem Fokus auf den Landessüden. Zielsetzung ist die Schaffung von Schwerpunkt-Bezirkshauptmannschaften (BHs). An der Bezirkshauptmannschaft Güssing wird etwa das zentrale Strafvollzug des Landes etabliert und ausgebaut. Im Bezirk Mattersburg werden die Kompetenzen der Ombudsstellen und Anwaltschaften gebündelt. Jede Bezirkshauptmannschaft erhält einen kompetenten Förderberater.

Maßnahmenplan

2020:

Festlegung Schwerpunktsetzung für Bezirkshauptmannschaften

Ausbau bereits etablierter Schwerpunkte (laufend)

151. Konsumentenschutz

Das Land Burgenland unterstützt Verbraucherinnen und Verbraucher auch künftig durch Konsumentenschutzmaßnahmen wie Rechtsberatung und Markt- und Preisüberwachung. Mit einem stärkeren Fokus auf Auszeichnungspflichten und Herkunftsbezeichnung sollen burgenländische Verbraucher künftig noch mehr Sicherheit erhalten und burgenländische Unternehmen vor unlauterem Wettbewerb geschützt werden. Insbesondere die Beratung zu allen Fragen rund um das Thema Mietrecht soll künftig weiter gestärkt werden.

152. Bürgerbeteiligung stärken, Ideenwerkstatt einrichten

Das Ziel der Landesregierung ist es, Bürger bei wichtigen Themen des Landes stärker einzubinden. Dazu sollen die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung ausgebaut werden. So soll beispielsweise eine Ideenwerkstatt sowohl innerhalb der Landesverwaltung als auch für alle Burgenländerinnen und Burgenländer eingerichtet werden, wo Ideen und Vorschläge für die Weiterentwicklung des Landes eingebracht werden können. Ein transparenter Prozess soll Auskunft über den Status des Vorschlags geben. Prämien für verwirklichte Ideen sollen geprüft werden. Bei Anliegen von mehreren Personen soll die Möglichkeit von Petitionen an die Landesregierung geschaffen werden, um die Mitsprachemöglichkeit zu erhöhen. Die Kriterien dafür sollen rasch definiert werden.

Maßnahmenplan

2021:

Einrichtung einer Online-Plattform für Ideen- und Vorschlagswesen

Bürgerbeteiligungen durch Petitionen stärken

153. Demokratieverständnis stärken

Die Landesregierung bekennt sich dazu, Möglichkeiten der partizipativen Demokratie weiterzuentwickeln. Wir unterstützen die Etablierung eines „Jugendrates“ auf Basis eines Pilotprojektes, sowohl auf Gemeindeebene als auch auf Landesebene. Neben Offline-Beteiligungen soll es – gemäß den Empfehlungen des Europarats – auch eine Online-Beteiligung geben, die den Jugendrat begleitet und der Entscheidungsfindung im Landtag dient. Wir bekennen uns zur Weiterführung der Demokratieoffensive #politik-er-leben des Burgenländischen Landtages, in deren Rahmen in den Schulen Demokratie und Mitbestimmung vor allem für junge Menschen direkt erlebbar gemacht wird und Begegnungsmöglichkeiten geschaffen werden (siehe Bildung). Mit einem #politik-er-leben-Preis wollen wir partizipative Ideen fördern und gut gelungene Projekte auszeichnen. Wir bekennen uns zu einer Weiterentwicklung des „Jugendlandtages“ mit dem Ziel, die Mitwirkungsbasis zu erweitern und die Verbindlichkeit von erarbeiteten Vorschlägen zu erhöhen. Gleichzeitig wollen wir die Möglichkeit eines Demokratie-Lehrgangs evaluieren, der zu einer „train-the-trainer“-Offensive führt und Grundlagen für die politische Bildung im Burgenland erweitert. Diese Maßnahme soll vor allem politisch engagierten Menschen in den Gemeinden sowie in ehrenamtlichen Funktionen offenstehen. Und schließlich werden wir Maßnahmen offensiver Informations- und Öffentlichkeitsarbeit unterstützen, die dazu beitragen, die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bevölkerung darzustellen, zur aktiven Mitarbeit einzuladen und über wesentliche Ergebnisse zu informieren.

154. Harmonisierung und Deregulierung der landesgesetzlichen Wahlrechtsbestimmungen

Die Wahlgesetze des Landes sollen harmonisiert und dereguliert werden: Der Wählerwille soll durch die primäre Vergabe von Mandaten auf Grundlage der Vorzugsstimmenergebnisse noch besser berücksichtigt werden. Die Briefwahl soll modernisiert und vereinheitlicht werden (z.B. beim Thema Zukleben des Wahlkuverts). Mit einer Novelle der Volksrechtegesetze sollen die Möglichkeiten der direkten Demokratie verbessert werden. Diese Maßnahmen sollen bis Anfang 2022 umgesetzt werden.

Maßnahmenplan

Bis 31.12.2021:

Pilotprojekt Jugendrat

Demokratieoffensive in den Schulen (laufend)

Schaffung Auszeichnungen für partizipative Ideen und Projekte, erste Verleihung Ende 2021

Ende 2020: Weiterentwicklung Jugendlandtag; erster Landtag im Herbst 2021

11.2021:

Evaluierung Demokratie-Lehrgang

Aktive Informationsarbeit (laufend)

Maßnahmenplan

Bis Anfang 2022: Harmonisierung der Wahlrechte